

22 - 1295

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Frau Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 26. Jänner 2023

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen

**auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend jährliche Valorisierung der
Zuschüsse an burgenländische Gemeinden**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend jährliche Valorisierung der Zuschüsse an burgenländische Gemeinden

Österreich und Europa sind aktuell mit den höchsten Preissteigerungen seit vielen Jahren konfrontiert. Die hohe Inflation ist zu einem wesentlichen Teil auf stark steigende Energiepreise zurückzuführen, insbesondere im Bereich Gas, Heizöl, Treibstoff und Strom. Neben Arbeitnehmern, Unternehmen und der Landwirtschaft sind auch Gemeinden stark von der Teuerung betroffen.

Die Gemeinden haben sehr energieintensive Infrastrukturen zu erhalten, wie Gemeindegebäude, Schulen, Kindergärten, aber vor allem Einrichtungen, wie Hallenbäder oder Eislaufplätze. Die hohen Energiekosten haben dramatische Folgen für die Finanzsituation von Gemeinden. Landeshauptmann Doskozil hat es bis dato nicht geschafft mit der Energiegesellschaft des Landes hier entsprechende Maßnahmen zur Entlastung zu setzen. Zusätzlich sind die Gemeinden mit steigenden Personalkosten konfrontiert, was die SPÖ-Alleinregierung mit Landeshauptmann Doskozil mit zu verantworten hat.

Die finanzielle Lage der Gemeinden wird somit immer angespannter. Die Ausgaben werden immer höher. Gleichzeitig gehen Einnahmen, wie beispielsweise die Kommunalsteuer oder die Tourismusabgabe, zurück. Den Gemeinden bleibt kein finanzieller Spielraum mehr. Im Gegenteil, es muss sehr genau kalkuliert werden, um die laufenden Kosten tragen zu können. Unsere Gemeinden sind das Rückgrat unseres Landes und erfüllen viele notwendige Aufgaben. Sie sorgen für Lebensqualität in unserem unmittelbaren Lebensumfeld und leisten auch für die Wirtschaft einen wesentlichen Beitrag.

Anstelle eines entlastenden Gemeindepakets, wie in anderen Bundesländern, werden die Gemeinden im Burgenland mit Mehrbelastungen konfrontiert. Vom Bund bekommen die Gemeinden mehr Ertragsanteile, davon zieht sich das Land Burgenland noch vor Anweisung an die Gemeinden mehr als zwei Drittel der Gelder

ab. Somit nimmt die SPÖ-Alleinregierung auch in diesem Bereich Gemeinden das Geld weg, bevor sie die Steuergelder noch bekommen haben.

Damit das Funktionieren der Gemeinden im Sinne der Burgenländerinnen und Burgenländer auch künftig gewährleistet ist und sie ihre Aufgaben erfüllen können, muss das Land rasch helfen und die Gemeinden endlich finanziell unterstützen, indem Landeszuschüsse für Gemeinden jährlich valorisiert werden, insbesondere die Personalkostenförderung für Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag im Sinne der Antragsbegründung eine Regierungsvorlage zur Beschlussfassung vorzulegen, in der Landeszuschüsse an Gemeinden per Gesetz jährlich valorisiert werden, insbesondere die Personalkostenförderung für Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen.